

Nicolas Sarkozy in Polizeigewahrsam

Der Ex-Präsident und sein Anwalt stehen im Verdacht zwei Staatsanwälte bestochen zu haben. Alle vier wurden der Anti-Korruptionsbehörde vorgeführt.

AUS PARIS
DANNY LEDER

Es ist, wie so oft, die kleine, ein wenig lächerliche Angelegenheit, die die große Affäre ins Rollen gebracht hat. Frankreichs Ex-Staatschef Nicolas Sarkozy, der am Dienstag, zwecks verlängerter Einvernahme durch die Pariser Anti-Korruptions-Behörde in Polizeigewahrsam genommen wurde, hatte die längste Zeit einen bevorzugten Anwalt, Thierry Herzog. Dieser Anwalt hatte einen aus den Augen verlorenen Schulfreund, Paul Bismuth. Anwalt Herzog kaufte im Vorjahr in Monaco ein Handy, das er unter einem Tarnnamen registrieren ließ ó und dabei fiel ihm der Name Bismuth ein.

Der im Ausland lebende Immobilienmakler Bismuth hatte davon keine Ahnung. Das Handy war für Nicolas Sarkozy bestimmt. Der Ex-Präsident glaubte, er sei mit diesem, auf einen anderen Namen lautenden Handy vor Abhörungen gefeit. Sarkozy und Herzog besprachen sich auf diesem Handy nach Lust und Laune. Mehrmals war da von šden Bastardenō in der Justiz die Rede. Es ging fast immer um die Erhebungen in den zahllosen Affären, die Sarkozy belasten (siehe unten stehenden Artikel).

Herzog steckte Sarkozy ó streng geheime ó Infos aus den Akten der Behörden: das hatte für Sarkozy den Vorteil, über Durchsuchungen und richterliche Fragelisten im Voraus bescheid zu wissen. Etwa als er im November 2012 in Bordeaux von einem U-Richter vorgeladen wurde, um 12 Stunden lang zur Affäre Bettencourt einvernommen zu werden. Sarkozy stand damals im Verdacht, von der 90 jährigen Milliardärin Liliane Bettencourt, illegale Zuwendungen erhalten zu haben. Die Sache war besonders heikel, weil Bettencourt, Mehrheitseignerin des Kosmetikkonzerns šL'Oréalō zu diesem Zeitpunkt bereits als beschränkt zurechnungsfähig galt und weil obendrein, unter Sarkozy, die Steuerbehörden mit dem Kreis um die Milliardärin besonders nachsichtig umgingen. Aber der U-Richter stellte diese Vorerhebung gegen Sarkozy mangels ausreichender Beweisen ein.

Woher aber kamen die für Sarkozy so kostbaren Vorauswarnungen? Auch darüber unterhielt sich Sarkozy per Handy mit seinem Anwalt Herzog: der Advokat unterhielt fruchtbare Kontakte mit zwei Staatsanwälten, Gilbert Azibert und Patrick Sassoust. Im Gegenzug ließ Sarkozy seine breit gefächerten Beziehungen zugunsten der beiden Staatsanwälte spielen, Azibert winkte ein hoch dotiertes Amt in Monaco.

Der Privatanwalt Herzog und die beiden Staatsanwälte, Azibert und Sassoust, kamen jetzt, einen Tag vor Sarkozy, unter dem Verdacht der špassiven Bestechungō und šVerletzung des Ermittlungsgeheimnisō in Polizeigewahrsam.

Die Grundlage für diesen nunmehrigen Vorstoß der U-Richter lieferten die Mitschnitte der Gespräche, die mit dem ominösen Handy geführt wurden. Aufmerksam auf dieses seltsame Handy wurden wiederum andere U-Richter, die in einer weiteren Affäre gegen Sarkozy ermittelten: und zwar ging es um den Vorwurf, Sarkozy habe für seine Wahlkampagne von 2007 Gelder vom lybischen Diktator Muammar Gaddafi bezogen.

Der Kreis um Sarkozy sieht in diesen laufenden Erhebungen einen von der Linksregierung um Präsident Francois Hollande gesteuertes Komplott. Der Zeitpunkt sei absichtlich gewählt, zumal Sarkozy zuletzt klar gemacht hatte, dass er wieder in die politische Arena einsteigen würde, um bei den Präsidentenwahlen 2017 anzutreten. Auch bereitete sich Sarkozy darauf vor, bei einem außerordentlichen Kongress der konservativen Sammelpartei UMP um den Vorsitz zu ringen und seine zahlreichen Rivalen aus dem Feld zu schlagen.

Der hyperenergische und wortgewaltige Ex-Präsident gilt noch immer bei vielen bürgerlichen Wählern als Hoffnungsträger vor allem seit dem Durchbruch der Rechtspopulistin Marine Le Pen, die bei den EU-Wahlen auf 25 Prozent der Stimmen kam. Ich überlasse Frankreich nicht einem Tete-a-Tete zwischen dem Front national und den Sozialisten, beteuerte kürzlich Sarkozy.

Das Problem ist freilich, dass das Überleben der UMP extrem gefährdet erscheint, nachdem enthüllt wurde, dass für die letzte Wahlkampagne von Sarkozy 2012 die gesetzlichen Obergrenzen um mindestens elf Millionen Euro überschritten wurden, die wiederum über Falschrechnungen einer PR-Agentur verschleiert wurden.

Eine endlose Liste von Affären belastet Sarkozy

- Bei seiner Wahlkampagne 2012 wurde die gesetzliche Ausgaben-Obergrenze um mindestens elf Millionen Euro überschritten. Dies sollte durch Rechnungen einer PR-Agentur für fiktive Parteiseminare vertuscht werden. Weitere Millionen aus der Parteikasse der bürgerlichen UMP und aus öffentlichen Parteifördermitteln dürften dabei versickert sein. Der amtierende UMP-Chef, Jean-Francois Copé, musste zurücktreten, Mitarbeiter von Sarkozy haben gestanden.
- Auf Sarkozy lastet der Verdacht für seine Wahlkampagne 2007 illegale Zuwendungen von der Haupteignerin des Kosmetikkonzerns L'Oréal, Liliane Bettencourt, erhalten zu haben. Die 90 jährige Bettencourt war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr voll zurechnungsfähig. Außerdem wurde der Kreis um Bettencourt anschließend, unter Sarkozys Präsidentschaft, von den Steuerbehörden mit besonderer Nachsicht behandelt.
- Es gibt Ermittlungen wegen des Verdachts, Sarkozy habe für seine Wahlkampagne 2007 Gelder vom libyschen Diktator Muammar Gaddafi erhalten. Nach dem Sturz des Diktator wurde der für internationale Zuwendungen zuständige Vertrauensmann von Gaddafi nach Frankreich geschleust.
- Erhebungen betreffen einen staatlichen Schiedsspruch in einem Handelskonflikt, der 2008 dem Sarkozy-Freund und Finanzakrobaten Bernard Tapie 405 Millionen Euro einbrachte. Sarkozys Ex-Generalsekretär im Elysee-Palast, Claude Guéant, steht im Verdacht ó schon damals ó ein Sarkozy höriges Netz im Behördenapparat angelegt zu haben. Guéant wird sich außerdem bei einem Strafgerichtsprozess wegen der Veruntreuung öffentlicher Mittel, die für Polizei-Einsätze vorgesehen waren, zu verantworten haben.
- Ein Strafprozess soll die Veruntreuung öffentlicher Gelder klären, die bei einem Waffendeal mit Saudi-Arabien und Pakistan zwischen 1993 und 1995 in Form sogenannter šRetrokommissionenš zugunsten der damaligen bürgerlichen

Regierungsparteien in Frankreich erfolgte. Sarkozy war damals als Budgetminister bei dem Deal federführend.

- Auffällig sind auch die extrem kostspieligen Aufträge für Meinungsumfragen unter der Präsidentschaft von Sarkozy, wobei der ausschließliche Auftragsempfänger ein rechtsrechter Präsidentenberater war. Dieser sorgte nachträglich für einen weiteren Skandal, nachdem bekannt wurde, dass er alle Sitzungen im Präsidentenpalais geheim auf Band nahm. U-Richter werten diese Mitschnitte noch aus.
- Abhörungen von Journalisten durch Geheimdienstoffiziere im Auftrag von Sarkozy gelten als erwiesen.